

**Ministerratssitzung****Freitag, 16. April 1948**

Beginn: 15 Uhr 30

Ende: 18 Uhr

*Anwesend:* Ministerpräsident Dr. Ehard, Innenminister Dr. Anker Müller, Kultusminister Dr. Hundhammer, Wirtschaftsminister Dr. Seidel, Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl, Arbeitsminister Krehle, Sonderminister Dr. Hagenauer, Staatssekretär Jaenicke (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Lacherbauer (Justizministerium), Staatssekretär Dr. Sattler (Kultusministerium), Staatssekretär Dr. Müller (Finanzministerium), Staatssekretär Geiger (Wirtschaftsministerium).<sup>1</sup>

*Entschuldigt:* Stv. Ministerpräsident Dr. Müller, Finanzminister Dr. Kraus, Verkehrsminister Frommknecht, Staatsminister Dr. Pfeiffer, Staatssekretär Dr. Schwalber (Innenministerium), Staatssekretär Fischer (Innenministerium-Bauabteilung), Staatssekretär Dr. Grieser (Arbeitsministerium), Staatssekretär Sühler (Landwirtschaftsministerium), Staatssekretär Sedlmayr (Verkehrsministerium).

*Tagesordnung:* I. Unterbringung des bizonalen Patentamtes in München. II. Flüchtlingsfragen. III. Zerstörungen auf jüdischen Friedhöfen. IV. Zusammenfassung des Bauwesens. V. Ernährungsfragen. VI. Marshall-Plan. VII. Gesetz über die Einsetzung von Friedensrichtern. [VIII. Ernennung von planmäßigen Schulräten]. [IX. Kunstschatze aus dem Kaiser-Friedrich-Museum Berlin]. [X. Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg].

*I. Unterbringung des bizonalen Patentamtes in München<sup>2</sup>*

Ministerpräsident *Dr. Ehard* begrüßt Oberbürgermeister Dr. Scharnagl, Bürgermeister Wimmer, Stadtrat Fischer, die zur Besprechung dieser Frage gekommen sind.<sup>3</sup>

Oberbürgermeister *Dr. Schamagl* führt aus, die Stadt München habe größtes Interesse daran, das bizonale Patentamt nach München zu bekommen.<sup>4</sup> Er habe sich wegen der Frage der Unterbringung bereits für das Deutsche Museum interessiert, Geheimrat *Zenneck*<sup>5</sup> habe aber geantwortet, die in Betracht kommenden Räume müßten weiterhin der Technischen Hochschule zur Verfügung stehen. Es gebe jetzt nur mehr zwei Möglichkeiten. Erstens die Freimachung von Gebäuden, die anderweitig belegt seien oder zweitens die Instandsetzung von beschädigten Gebäuden. Was die erste Möglichkeit betreffe, so müsse er feststellen, daß die Besatzungsmacht immer noch sehr viel Platz beanspruche und bisher alle Bemühungen um Freimachung ergebnislos geblieben seien. Die Kasernen seien vielfach nur sehr schwach belegt. Trotzdem sei aber nichts zu erreichen, da die Militärregierung grundsätzlich keine Räume freigebe. Der einzige Ausweg bestehe jetzt noch darin, daß die Staatsregierung vorstellig werde. Die Instandsetzung der Gebäude könne ohne Materialzuteilung nicht bewerkstelligt werden. Er betone nochmals, daß die Stadt die Verlegung des bizonalen Patentamtes sehr begrüße, ebenso wie sie für andere Pläne Interesse zeige, z.B. Generaldirektion der Allianz, Schweizer

1 Zu TOP I nahmen ferner der Münchner OB Karl Scharnagl, Bürgermeister Thomas Wimmer, der Wiederaufbaureferent der Stadt München Helmut Fischer sowie der Hochbaureferent der Obersten Baubehörde MinRat Emil Berndt an diesem Ministerrat teil.

2 Vgl. Nr. 26 TOP XV.

3 Zu Scharnagl s. Nr. 2 TOP IV; zu Wimmer s. Nr. 5 TOP I; – Helmut *Fischer*, geb. 1911, 1936–1945 Tätigkeit in der bayer. Landesplanungsstelle, 1945/1946 Leiter der Landesplanungsstelle und der Landesabwicklungsstelle im StMWi, Sommer 1946 Suspendierung durch den StMWi Erhard (vgl. StK 14254), 6. 7. 1946 Leiter des Wiederaufbaureferats der Stadt München, berufsmäßiger Stadtrat (parteilos), anschließend bis zum Ausscheiden zum 4. 6. 1964 Referent für Tiefbau und Wohnungswesen der Stadt München. Vgl. *Fischer*, Aufbauleistungen; *Ders.*, München im Wiederaufbau; *Ders.*, München im 10. Nachkriegsjahr; E. M. *Lang* S. 357.

4 S. StK 13850, 30779 sowie *Hallmann/Ströbele*.

5 In der Vorlage fälschlich „Zennek“. – Geheimrat Prof. Dr. rer. nat. Jonathan *Zenneck* (1871–1959), 1906 o. Prof. für Physik TH Braunschweig, 1911 o. Prof. TH Danzig, 1913–1939 o. Prof. TH München, 1923 Verleihung des Titels Geheimer Regierungsrat durch die Staatsregierung, 1925–1927 Rektor TH München, 1930 Mitglied, 1933–1953 Vors. des Vorstands des Deutschen Museums. S. *Dieminger*.

Haus usw.<sup>6</sup> Er müsse dringend um Unterstützung des Staates mit Baumaterialien bitten, da sonst die Aufgaben unmöglich gelöst werden könnten; dabei sei die Zuweisung für mindestens 200 Räume notwendig.

Staatsminister *Dr. Seidel* erklärt, er habe mit dem Direktor des Amtes für Wirtschaft in Frankfurt, *Dr. Erhard*, gesprochen, um zu erreichen, daß München, ähnlich wie Frankfurt, Mittel für das bizonale Aufbauprogramm zur Verfügung gestellt würden. *Dr. Erhard* habe geantwortet, daß wegen der Unterbringung des Patentamtes eine Zuwendung nicht gerechtfertigt werden könne, da sonst andere Städte, die sich gleichfalls darum bewerben, mit dem gleichen Recht Forderungen stellen könnten. Dafür habe ihm aber ein maßgeblicher Referent in Frankfurt versprochen, die Frage zu prüfen, ob nicht doch vielleicht ein anderer, nicht so auffälliger Weg, gefunden werden könne, um München zu helfen. Er beabsichtige nochmals mit *Dr. Erhard* zu sprechen und hoffe, vielleicht doch noch irgend etwas zu erreichen. Daß aus dem eigenen bayerischen Kontingent nichts abgezweigt werden könne, sei klar.

Ministerialrat *Berndt*<sup>7</sup> von der Bauabteilung im Innenministerium führt aus, die Materialzuteilung sei so schlecht, daß nichts mehr kontingentiert werden könne. Die Bauabteilung habe z.B. verschiedene Häuser für die Unterbringung von Universitätsprofessoren im Bau, die aber noch nicht fertiggestellt seien. Wenn man jetzt besondere Aufwendungen für das bizonale Patentamt mache, müßten alle anderen Bauvorhaben eingestellt werden. Man dürfe auch nicht übersehen, daß die Frage der Bauarbeiter besonders schwierig sei, vielleicht noch schwieriger als die der Baustoffe.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt fest, er freue sich zu hören, daß die Stadt München großes Interesse an dem Patentamt habe. Diese Dinge dürfe man nicht nur von dem Gesichtspunkt des Augenblicks betrachten und auch nicht nur im Hinblick auf die bestehenden Schwierigkeiten. Man müsse vielmehr daran denken, welche Vorwürfe in 10 Jahren erhoben würden, wenn man jetzt einmalige Gelegenheiten versäume. In solchen Zeiten wie jetzt sei es eben notwendig, ein gewisses Risiko einzugehen. Er erinnere daran, daß die Stadt Frankfurt seinerzeit in der entscheidenden Sitzung alles zugesagt und versprochen habe, ohne sich darüber klar zu sein, ob diese Versprechungen auch eingehalten werden können. In Bayern sei man häufig zu ehrlich und zu genau. Das Patentamt könne eine außerordentliche Anziehungskraft ausüben und könne in seiner Bedeutung gar nicht überschätzt werden. Er halte es deshalb für zweckmäßig, wenn in dieser Frage eine engere Verbindung zwischen der Stadt und der Bauabteilung hergestellt werde. Man müsse jetzt auch etwas optimistisch sein, da durch den Marshall-Plan doch eine größere Bewegungsfreiheit in der deutschen Wirtschaft erreicht werden würde. Was die Frage der Kasernen betreffe, so habe der Herr Oberbürgermeister völlig recht; er habe diesbezüglich auch schon verschiedentlich mit General Clay gesprochen. Die Schwierigkeit liege darin, daß alles andere zurücktreten müsse, wenn die amerikanische Armee ihre Bedürfnisse anmelde. Er glaube aber, daß man in absehbarer Zeit doch gewisse Erleichterungen erreichen werde und müsse dieses Risiko wohl

6 Vgl. dazu die Beilage zur Vormerkung Wutzlhofers für Leusser, 24. 3. 1948, betr. Errichtung eines bizonalen Patentamtes. Darin hieß es u.a.: „Laut Brief vom 11. Februar 1948 befürwortet Oberbürgermeister *Dr. Scharnagl* die Verlegung der Generaldirektion der Allianz [von Berlin] nach München mit dem Hinweis, daß die bisherige Steuerleistung der Allianz jährlich etwas über 18 Mill. RM betrug. Die Verlegung nach München kann nur erfolgen, wenn das Gebäude der Bayer. Versicherungsbank Ecke Ludwig-Theresienstraße freigemacht würde. Es befinden sich dort augenblicklich das Regierungswirtschaftsamt, das Straßenverkehrshauptamt, die Preisüberwachungsstelle und der Landesfürsorgeverband. [...] Laut Vormerkung Reg.Dir. v. Herwarth vom 22. Januar 1948 teilte der schweizer Generalkonsul mit, daß die Schweiz auch in München ein ‚Schweizer Haus‘ errichten möchte, das als kulturelles und wirtschaftliches Zentrum und als Bindeglied zwischen der Schweiz und Bayern dienen könnte. Die Schweizer Regierung verfügt über erhebliche Marktbeträge und würde am liebsten ein Grundstück mit einer gut erhaltenen Ruine ankaufen. In Deutschland nicht zu beschaffendes Baumaterial könnte aus der Schweiz importiert werden“ (StK 13850). – Vgl. zu den Bemühungen um die Allianz Staatssekretär Müller an *Scharnagl*, 18. 6. 1947, mit dem Hinweis, die Allianz verhandle wegen der endgültigen Verlegung des Sitzes ihrer Hauptverwaltung neuerdings mit der Stadt Wiesbaden. Wörtlich hieß es weiter: „Bei der Bedeutung des größten deutschen Versicherungsunternehmens dürfte sowohl für Bayern als auch für die Landeshauptstadt München schon aus steuerlichen Gründen ein lebhaftes Interesse daran bestehen, die Hauptverwaltung der Allianz nach München zu bekommen. Vielleicht wäre es möglich, durch entsprechendes Entgegenkommen der Stadtverwaltung dieses erstrebte Ziel zu erreichen“ (StK 14525). Vgl. ferner ebd. StMF Kraus an die Allianz-Versicherungs-AG, 23. 11. 1948. S. *Borscheid* S. 77. – Das Schweizer Haus in der Münchner Leopoldstraße 33 wurde am 9. 5. 1956 eröffnet; vgl. *Walz*

7 *Emil Berndt* (1886–1955), Architekt, 1919 Staatsprüfung für den höheren Baudienst mit Auszeichnung, seitdem Bayer. Staatsbauverwaltung, u.a. Verwendung beim Landbauamt München und bei der Bauleitung des Walchenseekraftwerks, seit 1928 OBB, 1929 Regierungsbaurat I. Klasse, 1937 ORR, 1945 Leiter der Gruppe Hochbau in der OBB, ferner u.a. „Sonderbeauftragter für die Wiederherstellung des Maximilianeums“, 1.2. 1946 MinRat, 1. 1. 1952 Ruhestandsversetzung. S. *Gelberg*, Baubehörde.

eingehen. Im übrigen werde wohl auch das Patentamt erst allmählich anlaufen, so daß man noch eine gewisse Zeit vor sich habe.

Staatsminister *Dr. Seidel* ersucht, der Herr Oberbürgermeister möge im Namen der Stadt eine grundsätzlich zusagende Erklärung abgeben, die bisher noch fehle. Evtl. könne er vom Wirtschaftsministerium aus Kohlen zur Verfügung stellen. Die Menge werde er ihm bis Montag Abend durchsagen.

Staatsminister *Dr. Hagenauer* weist darauf hin, es gebe auch gewisse Reserven an Räumen bei den Spruchkammern, die nach Beendigung der Entnazifizierung zur Verfügung gestellt werden könnten.

Oberbürgermeister *Dr. Schamagl* erklärt, er habe am 6. 3. 48 an Ministerialdirektor Konrad<sup>8</sup> geschrieben, daß er das Patentamt einlade, nach München zu kommen. Vor allem müsse er darauf hinweisen, daß es unumgänglich notwendig sei, die vorhandenen Baustoffe auf die großen Städte, vor allem auf die Landeshauptstadt, zu konzentrieren und daß die Bautätigkeit auf dem Lande unbedingt einzuschränken sei. Er stimme zu, daß es notwendig sei, Dinge zu versprechen, in der Hoffnung, daß man sie auch halten könne; allerdings brauche er auch einen gewissen Rückhalt durch mündliche Zusagen und halte darüber hinaus ein gemeinsames Vorgehen von Regierung und Stadt für zweckmäßig.

Staatsminister *Dr. Seidel* macht darauf aufmerksam, das Verwaltungsamt für Wirtschaft habe am 5. 2. 48 eine Anfrage an den Oberbürgermeister gerichtet, die bis jetzt noch nicht beantwortet sei.<sup>9</sup> Er wäre deshalb dankbar, wenn diese Antwort möglichst bald erteilt werden könne.<sup>10</sup>

Stadtrat *Fischer* führt aus, insgesamt seien für das Patentamt ungefähr 1700 Personen unterzubringen, wofür 750 Wohnungen in den nächsten Jahren benötigt würden. Dies bedeute 1/3 der Jahresproduktion. Nach ausführlicher Darlegung der mangelhaften Baustoffversorgung erklärt Stadtrat Fischer, er glaube aber doch, daß man das Risiko, von dem der Ministerpräsident gesprochen habe, eingehen könne. Dazu komme, daß es für bestimmte Firmen ein bestimmtes bizonales Baustoffkontingent gebe. Man könne vielleicht auf diesem Weg zu etwas kommen, wenn die Entscheidung für München gefallen sei. Im übrigen ließen sich norddeutsche Städte immer wieder für Krankenhäuser und Schulhäuser bizonale Zuteilungen geben. Auf alle Fälle könne er sich aber bereiterklären, die Sache zu machen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* verabschiedet sodann die Herren der Stadt und betont nochmals, daß die Frage gemeinsam gelöst werden könne und müsse.<sup>11</sup>

## II. Flüchtlingsfragen

### 1. Truppenübungsplatz Grafenwöhr

Staatssekretär *Jaenicke* teilt mit, bis 19. bzw. 30. April müßten auf Anordnung der Militärregierung mehrere Ortschaften am Rand des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr geräumt werden und zwar für dauernd.<sup>12</sup> Die Einwohner dieser Ortschaften müßten in der Nähe von Grafenwöhr untergebracht werden, damit sie ihre Felder weiter bestellen könnten. Das habe zur Folge, daß eine Reihe von Umquartierungen vorgenommen werden müßten. Er habe sich bereits mit den betroffenen Landkreisen in Verbindung gesetzt und auch eine

<sup>8</sup> Zu seiner Person s. Nr. 8 TOP III.

<sup>9</sup> Vgl. die Anfrage der Verwaltung für Wirtschaft des VWG betr. Errichtung eines Patentamtes für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet an die Oberbürgermeister der Städte Darmstadt, Frankfurt a.M., Köln, München und Stuttgart (StK 13850).

<sup>10</sup> Vgl. Schamagl an die Verwaltung für Wirtschaft, 16.4. 1948; darin hieß es u.a.: „In Erledigung des oben erwähnten Schreibens [vom 5. 2. 1948] teile ich Ihnen mit, daß der Stadtrat München die Errichtung eines Patentamtes für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet wärmstens begrüßen würde. Der Stadtrat wird alles tun, den Anforderungen zu entsprechen, die zur Unterbringung der Büros und der Beamten und ihrer Familien gestellt werden müssen. Der Stadtrat hat zur Erfüllung dieser Aufgabe Verhandlungen mit der Staatsregierung geführt, deren Unterstützung erbeten und auch zugesichert erhalten. Es darf daher erwartet werden, daß die Stadtverwaltung in der Lage ist, im Laufe der Zeit diese Räume bereitzustellen, damit das Patentamt seine bedeutungsvolle Arbeit aufzunehmen und durchzuführen in der Lage ist“ (StK 13850).

<sup>11</sup> Zum Fortgang s. Nr. 50 TOP XII.

<sup>12</sup> Es handelte sich um 16 Gemeinden in den LKr. Amberg und Eschenbach i. d. Opf.; s. im Detail Aktennotiz des Regierungsbeauftragten für das Flüchtlingswesen, Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz, Eduard Lang, 13. 4. 1948, über die Besprechung u.a. mit Vertretern der Militärregierung in Grafenwöhr (MArb-Landesflüchtlingsverwaltung 868/1) sowie MArb-Landesflüchtlingsverwaltung 1202; ferner *Mädl* S. 120f.

Anweisung hinausgegeben, die betroffene Bevölkerung auf ganz Bayern zu verteilen.<sup>13</sup> Die Amerikaner hätten in Grafenwöhr 40–50000 Mann zusammengezogen. Das Übungsschießen werde am Montag beginnen.<sup>14</sup>

2. General Watson<sup>15</sup> mische sich dauernd in die durch die tschechischen Flüchtlinge entstandenen Fragen ein<sup>16</sup> und habe angeordnet, daß die in den Lagern untergebrachten Tschechen nicht namentlich erfaßt werden dürften, so daß praktisch jede Übersicht fehle. Ursprünglich habe er sogar angeordnet, daß alle Tschechen die Schwerstarbeiterzulage bekommen sollten, was aber wieder zurückgezogen worden sei. Es sei ein unmöglicher Zustand, daß sich die Armee direkt über die Militärregierung hinweg einmische.<sup>17</sup> Er habe sich gezwungen gesehen, bei Colonel Burns<sup>18</sup> auf das schärfste zu protestieren. Neuerdings kämen übrigens schon die ersten Flüchtlinge aus Italien. Bis jetzt betrage die Zahl der tschechischen Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei 1024 Personen. Die Lager seien bereits überfüllt.

Der Ministerrat nimmt von den Ausführungen des Staatssekretärs Jaenicke Kenntnis und erklärt zu seinen Vorschlägen und Anordnungen die Zustimmung.

### III. Zerstörungen auf jüdischen Friedhöfen<sup>19</sup>

Staatsminister *Dr. Anker Müller* berichtet, in den letzten Wochen seien wieder mehrere Fälle von Zerstörungen auf jüdischen Friedhöfen vorgekommen, vor allem in Franken.<sup>20</sup> Sobald diese Fälle bekannt geworden seien, habe er die Landpolizei entsprechend in Aktion gesetzt,<sup>21</sup> ferner habe er auf dem Kongreß der befreiten Juden in Bad Reichenhall<sup>22</sup> und auch in öffentlichen Versammlungen dazu Stellung genommen. Der Ministerrat habe sich schon vor einigen Monaten mit der Frage eines entsprechenden Aufrufs an die Bevölkerung befaßt<sup>23</sup> und diesen dann zunächst zurückgestellt. Vielleicht sei es zweckmäßig, jetzt mit besonderer Bezugnahme auf die Friedhofsschändungen einen solchen Aufruf zu erlassen.<sup>24</sup> In seinem Ministerium sei bereits ein Entwurf ausgearbeitet worden, den er nun verlese.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, er halte einen Aufruf in dieser Form nicht für möglich, da er geeignet sei, den hier und dort bestehenden antisemitischen Strömungen viel zu großes Gewicht beizulegen.<sup>25</sup>

Staatsminister *Dr. Anker Müller* antwortet, bis jetzt habe man keinen Aufruf erlassen wollen. Ähnliche Verlautbarungen seien aber inzwischen von den Regierungen in Nordrhein-Westfalen<sup>26</sup> und Hessen

13 Vgl. Jaenicke an die Regierungsbeauftragten für das Flüchtlingswesen in München, Augsburg, Ansbach und Würzburg, 15. 4. 1948. Danach verteilen sich die umzuquartierenden Flüchtlinge wie folgt: Oberbayern 150, Schwaben 150, Unterfranken 100, Mittel- und Oberfranken 200 (MARB-Landesflüchtlingsverwaltung 1202).

14 Zum Fortgang s. Nr. 57 TOP VII.

15 General *Watson*, US-Army.

16 Vgl. Nr. 43 TOP II.

17 Zur 2nd Constabulary Brigade APO 407-A, US-Army an der Grenze zur Tschechoslowakei (1947–1949) s. OMGBY 15/101–3/36. S. ferner *Elser*.

18 Lt. Col. Paul *Burns*, 1946 bis Mitte 1948 Leiter der Political Activities Branch der Civil Administration Division (OMGB).

19 Vgl. Nr. 1 TOP VI.

20 Vgl. Auerbach an Ehard, 25.3. 1948, betr. Schändung jüdischer Friedhöfe in Höchberg bei Würzburg, Neustadt a.d.Saale und Königshofen im Grabfeld; Auerbach an Anker Müller, 2.4. 1948, betr. die Schändung des jüdischen Friedhofs in Höchberg bei Würzburg sowie Auerbach an Ehard, 10. 4. 1948, mit der Mitteilung über die Schändung des jüdischen Friedhofs in Zekkern, LKr. Höchststadt a.d. Aisch, sowie dem Hinweis auf insgesamt fünf Friedhofsschändungen in einer Woche (StK 13664). Zu den Friedhöfen in Höchberg, Neustadt a.d.Saale, Königshofen und Zeckern s. *Schwierz*

21 Vgl. die umfangreichen Ermittlungsberichte in StK 13664.

22 Der dritte Kongreß der befreiten Juden in der US-Zone fand vom 30. 3.–2. 4. 1948 in Bad Reichenhall statt. Die Staatsregierung war durch StMI Anker Müller und Staatskommissar Auerbach vertreten; vgl. SZ 3. 4. 1948. Zum Zentralkomitee der befreiten Juden s. *Königseder/Wetzels*. 81–98, zum Kongreß 1948 in Bad Reichenhall S. 93f.

23 Vgl. Nr. 1 TOP VI.

24 Vgl. den undat. Aufruf des Bevollmächtigten des Staatskommissars für den Reg.–Bez. Unterfranken, Ritzau, der im Stadt- und Landkreis Würzburg, Marktheidenfeld und Kitzingen angebracht wurde. Darin hieß es u.a.: „Belohnung! In der Nacht zum 17. März 1948 wurde der jüdische Friedhof in Höchberg durch verantwortungslose Elemente geschändet. Die anständige Bevölkerung Unterfrankens verabscheut eine solche gemeine Tat, die nur von Rohlingen ausgeführt werden kann, die kein Gefühl der Pietät in sich tragen. Für solche Schandtaten, bei denen nicht einmal die Achtung vor den Toten Einhalt gebietet, gibt es keine Entschuldigung. Die Täter müssen strengstens zur Verantwortung gezogen werden. Fahndungen und Ermittlungen gegen die Täter sind bereits eingeleitet. Zur Erfassung derselben wird die gesamte Bevölkerung zur Mithilfe aufgerufen. Das Staatskommissariat für rassisch, religiös und politisch Verfolgte setzt für die Ergreifung der Täter RM 5000 und 1 neues Radiogerät als Belohnung aus“ (Staatskommissar für die rassisch, religiös und politisch Verfolgten vorl. Nr. 22 b).

25 Vgl. den Entwurf eines Schreibens von Ehard an Anker Müller, 13. 4. 1948, in dem der MPr. den Erlaß eines solchen Aufrufs befürwortete; das Schreiben lief jedoch nicht aus (StK 13664).

26 Vgl. Abdruck dieses Aufrufs in: *Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1950 S. 371 f.*

ergangen. Man könne überlegen, ob man nicht vielleicht einen Aufruf hauptsächlich in Bezug auf die Friedhofschändungen erlassen könne.

Staatsminister *Dr. Seidel* gibt zu bedenken, daß die Aufrufe der beiden anderen Staaten in der deutschen Presse keine besondere Aufmerksamkeit gefunden hätten, daß aber eine ähnliche Aktion von Bayern bestimmt in einem Bayern abträglichen Sinn aufgegriffen werden würde.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* meint, zweckmäßiger wie einen Aufruf halte er eine sorgfältige Überwachung der Friedhöfe unter Einschaltung der Landräte.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* schließt sich der Meinung des Herrn Ministerpräsidenten an und betont, wichtiger als ein Aufruf sei eine sorgfältige Nachforschung nach den Tätern und exemplarische Bestrafung.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* meint, man könne natürlich eine Belohnung aussetzen und sonst alles Erforderliche tun. Im übrigen wäre es durchaus möglich, daß diese Friedhofschändungen auf eine Provokation von Nazis oder Mitgliedern der KPD zurückzuführen seien. Man müsse in dieser Frage zurückhaltend sein, andererseits aber auch Dr. Auerbach eine Antwort geben, der sich bereits an General Clay gewandt und Stimmung gegen Bayern gemacht habe.<sup>27</sup> Er schlage deshalb vor

1. die polizeiliche Überwachung mit Nachdruck weiterzuführen,
2. eine entsprechende Belohnung auszuschreiben und
3. bei der demnächst stattfindenden Landrätetagung Aufklärung zu schaffen.<sup>28</sup>

Staatsminister *Dr. Seidel* regt an, darauf hinzuweisen, daß diese Friedhofszerstörungen kein Anzeichen für Antisemitismus seien, sondern provokatorische Akte terroristischer Kreise.

Es wird Übereinstimmung festgestellt, daß sich Herr Staatsminister Dr. Ankermüller in diesem Sinne mit Staatskommissar Dr. Auerbach in Verbindung setzen solle.<sup>29</sup>

#### IV. Zusammenfassung des Bauwesens

Staatsminister *Dr. Seidel* führt aus, alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß in absehbarer Zeit eine Währungsreform komme, die schwere Rückwirkungen auf die bayerische Wirtschaft haben werde. Man müsse sich deshalb schon jetzt darüber klar werden, was man mit den Arbeitslosen tun wolle. Seines Erachtens sei vor allem eine entsprechende Stärkung der Bau- und Baustoffindustrie notwendig. Selbstverständlich sei die Konzentration des Bauwesens im Staatsministerium des Innern richtig und besser als die Schaffung eines Wiederaufbauministeriums,<sup>30</sup> andererseits scheine ihm die Bauabteilung nicht allen Aufgaben gewachsen zu sein. Sie sei wohl etwas bürokratisch und nicht elastisch genug, um allen Schwierigkeiten zu begegnen. Dazu komme, daß die SPD angestrengt einen Plan ausarbeite.<sup>31</sup> Er schlage deshalb vor, eine Art von Gehirntrust, bestehend aus je einem Vertreter des Wirtschafts-, Innen-, Finanz- und Arbeitsministeriums zu bilden, der einen klaren und rasch durchführbaren Plan auszuarbeiten habe. Er ersuche das Kabinett um Zustimmung zu diesem Vorschlag.

27 Bereits vor der Ministerratssitzung hatte Auerbach eine Antwort der StK erhalten; vgl. in Abwesenheit des MPr. ORR von Gumpenberg an Auerbach, 13. 4. 1948 (StK 13664).

28 Gemeint ist vermutlich der erste Bayerische Landkreistag am 19. 4. 1948 in Ingolstadt; vgl. eine Broschüre mit den beiden Hauptreferaten dieser Tagung in BayHStA AD/P 904 (1948) sowie SZ 24. 4. 1948.

29 Zum Fortgang s. Nr. 28 TOP II und Nr. 30 TOP XI.

30 Vgl. zur Forderung der SPD nach einem Wiederaufbauministerium, *Kronawitter*, Wirtschaftskonzeptionen S. 162.

31 Gemeint ist der auf der Landeskonferenz der SPD am 12./13. 6. 1948 in Fürth beschlossene und als „Aufbauplan A“ bezeichnete Wiederaufbauplan, bei dem es sich im Kern um ein Wohnungsbauprogramm handelte (100000 Wohnungen in drei Jahren). Der Anstoß, sich auf dem Feld des sozialen Wohnungsbaus gegenüber der Staatsregierung zu profilieren, war vom Landesvorsitzenden von Knoeringen ausgegangen; vgl. *Mehring*, Knoeringen S. 338–354; *Kronawitter*, Wirtschaftskonzeptionen S. 161–166; *Werner* S. 87f. – Exemplare der Broschüren: *Aufbauplan A*. Der erste Schritt 100000 Wohnungen. Hg. vom Landesverband Bayern der SPD, Juni 1948 sowie *Plan A der SPD*. Finanzierung und Durchführung. Zweite Denkschrift. Hg. vom Landesverband Bayern der SPD, August 1948 (jeweils Auflage 10000) in BayHStA ND/E 25. Vgl. „Plan A der bayerischen SPD“ von Rudolf Zorn, SZ 13. 7. 1948. S. auch NL Müller P 106.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt diese Auffassung nur unterstreichen zu können, zumal die Amerikaner voraussichtlich plötzlich die Währungsreform machen und den deutschen Stellen dann den Lastenausgleich überlassen würden.

Staatsminister *Krehle* macht darauf aufmerksam, sein Ministerium habe sich schon lange damit befaßt, wie man der kommenden Arbeitslosigkeit begegnen könne. Er rechne mit einer vorübergehenden Arbeitslosigkeit von 5–600000 Personen.<sup>32</sup> Der Landesstock<sup>33</sup> aus der Arbeitslosenversicherung werde wohl ausreichen, diese Arbeitslosen 10 Wochen mit Unterstützungen durchzuhalten. Zu prüfen sei dabei die Frage, ob mit dieser Unterstützung nicht eine Arbeitsverpflichtung zu verbinden sei, z.B. die Pflicht zu täglich 3–4 stündiger Wiederaufbauarbeit. Wenn auch alles schon vorbereitet werde, so halte er doch eine gegenseitige Abstimmung für sehr notwendig.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erkundigt sich, wann die erste Sitzung sein könne.

Staatsminister *Dr. Seidel* erwidert, Ministerialrat *Dr. Drexl*<sup>34</sup> im Wirtschaftsministerium werde die Sitzung einberufen; die beteiligten Referenten sollten sich dann zunächst einig werden. Der von ihnen ausgearbeitete Plan werde dann dem Kabinett vorgelegt, damit er am Tage nach dem Inkrafttreten der Währungsreform beschlossen werden könne.<sup>35</sup>

Staatsminister *Dr. Ankermüller* macht darauf aufmerksam, daß das Innenministerium auch bereits Pläne vorbereitet habe.<sup>36</sup>

#### V. Ernährungsfragen

1. Staatsminister *Dr. Schlögl* teilt mit, daß die Überfälle auf Bauernhöfe sich in der letzten Zeit wieder gemehrt hätten und vielfach Vieh geraubt worden sei. Er ersuche den Herrn Innenminister, dieser Sache entsprechend nachzugehen und die Landpolizei einzusetzen.

2. Staatsminister *Dr. Schlögl* erklärt weiter, Bayern sei augenblicklich in einer sehr schwierigen Situation, da für die nächsten Monate ein Fleischmoratorium komme und nur mehr 100 g Fleisch pro Monat zugewiesen würden. Ein Ausgleich sei durch Eier und Fische vorgesehen, wobei Bayern allein von allen Ländern statt 600 nur 300 g erhalten solle. Diese Zurücksetzung werde mit dem angeblich guten Ernährungszustand der bayerischen Bevölkerung und Rückständen in den übergeordneten Fleischlieferungen begründet. Glücklicherweise sei es ihm endlich gelungen, hinter das Geheimnis des Zahlenspiels in Frankfurt zu kommen und zu erfahren, was die anderen Länder wirklich geliefert hätten, was bisher nicht herauszubringen gewesen sei. Diese Statistik ergebe, daß z.B. Bayern im Januar und Februar 52,7 und 53,8%, Württemberg-Baden 42 und 52,1% aufgebracht habe und so sei es ähnlich bei allen anderen Ländern. Der Durchschnitt für sämtliche Länder betrage für die beiden Monate 42,6 und 52,5%, so daß also Bayern keinesfalls besonders im Rückstand sei, ganz abgesehen von der Dürrekatastrophe, die sich bei uns besonders stark ausgewirkt habe. Er sei deshalb auch entschlossen, die unbegründete Benachteiligung nicht hinzunehmen und Protest zu erheben. Im übrigen sei Bayern in der Lage, die Fettration aufrecht zu erhalten. In diesem Zusammenhang müsse er darauf aufmerksam machen, daß Regierungsdirektor *Müller*<sup>37</sup>

32 Vgl. Nr. 36 TOP I Anm. 14.

33 Die ab 1.5. 1945 in Bayern eingegangenen Arbeitslosenversicherungsbeiträge wurden nicht mehr an die Reichsstockhauptkasse in Berlin weitergeleitet. Das StMF hatte mit Entschließung vom 14. 8. 1946 die Bayer. Landeshauptkasse angewiesen, den jeweiligen Geldbestand der Arbeitslosenversicherung auf einem laufenden Sonderkonto bei der Bayer. Staatsbank anzulegen. Seit diesem Zeitpunkt flössen die monatlichen Überschüsse der Arbeitslosenversicherung dort unter der Bezeichnung Landesstock Bayern zusammen. Dieses Sondervermögen stellte keinen Bestandteil des staatlichen Kassenbestandes dar, *Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge* S. 45.

34 Zu seiner Person s. Nr. 19 TOP XIII.

35 Vgl. *Seidel* an StMELF, 23. 6. 1948, mit dem Arbeitsergebnis dieses Ausschusses „Vorschläge von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft nach der Währungsreform“ für die Gebiete Wohnungsbau, Straßenbau, Wasserbau, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (mit neun Anlagen) (ML 10826).

36 Zum Fortgang s. Nr. 39 TOP V.

37 *Dr. jur. Georg Müller* (1908–1990), 1934 große juristische Staatsprüfung, 1937 NSDAP-Mitglied, Reichsnährstand, 1938 Landwirtschaftsrat, 1939 Oberlandwirtschaftsrat, nach Kriegsende Leiter der Abt. A Ernährung im StMELF, 1947 ORR, 1948 RegDir, 1955 MinRat, 1963 MinDirig, 1973 Ruhestandsversetzung.

in seinem Ministerium als Exponent der SPD ein doppeltes Spiel treibe, von allen Verhandlungen usw. in Frankfurt in der nächsten Stunde unterrichtet werde und seinerseits Militärregierung und Presse informiere. Staatsminister Dr. Schlögl berichtet dazu von einer Intrige, die in der Fettfrage zwischen Regierungsdirektor Müller und Ministerialdirektor Podeyn<sup>38</sup> in Frankfurt sich abgespielt habe. Die Fettangelegenheit sei jetzt wieder in Ordnung. Es sei aber bezeichnend, was alles gespielt werde. In Frankfurt sei er bei der Aufklärung dieser Sache von Ministerialdirektor Dr. Staab<sup>39</sup> und Dr. Seibold, besonders aber von Staatsrat Dr. Niklas<sup>40</sup> unterstützt worden.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* berichtet, er habe auf der gestrigen Länderratssitzung nach Rücksprache mit Ministerpräsident Kopf den Antrag eingebracht, daß Dr. Schlange-Schöningen schriftlich über folgende Punkte Auskunft geben müsse:

1. worauf ist die unterschiedliche Rationszuteilung zurückzuführen und warum könne man diese Verschiedenheiten nicht aufheben,
2. worauf beruhen insbesondere die Schwierigkeiten in der Fleischversorgung und die verschiedenen Rationen.<sup>41</sup>

Diesem Antrag habe der Länderrat einstimmig zugestimmt, nachdem er keine Zweifel darüber gelassen habe, daß er so nicht mehr mitmachen wolle.<sup>42</sup> General Clay habe übrigens gesagt, die Ernährungslage sei in der letzten Zeit so gut gewesen, daß man zeitweise einmal<sup>43</sup> auch kleinere Rationen hinnehmen könne! Seines Erachtens müsse auch die Frage geprüft werden, ob nicht Fleischkonserven geliefert werden können. Bei dieser Besprechung sei nebenbei bemerkt die Haltung General Robertsons liebenswürdig gewesen.

Staatsminister *Dr. Schlögl* weist darauf hin, wenn auch in Zukunft die Festlegung der Zuteilungen hinter verschlossenen Türen vor sich gehe, werde das Vertrauen der Militärregierung erschüttert werden. Er stelle nochmals fest, daß nur gegen bestimmte Länder und hier wieder in der Hauptsache gegen Bayern Sanktionen ergriffen werden, während andere ungestraft die gleichen oder noch höheren Ausfälle hätten, z.B. Hessen mit über 54%. Er werde eine Sitzung der Ernährungsminister einberufen und nur diesen Punkt auf die Tagesordnung setzen. Allmählich sei überhaupt die Situation unerträglich. So sei er heute zur Militärregierung berufen und regelrecht vernommen worden. Dabei sei behauptet worden, er dürfe keine Ministerialentschließung erlassen, ohne sie der Militärregierung vorzulegen. Was Regierungsdirektor Müller betreffe, so werde er gegen ihn Vorgehen und ihn zunächst beurlauben, nachdem er schon Ersatz für ihn habe. Besonders schlimm sei, daß sich Schlange-Schöningen völlig von Podeyn führen lasse.

### 3. Markenfälschungen<sup>44</sup>

Staatsminister *Dr. Schlögl* teilt mit, er komme in der Bekämpfung der Markenfälschungen nicht mehr weiter und es bestehe der Verdacht, daß die gefälschten Marken über die Grenze der Ostzone kommen, da sie ausgezeichnet hergestellt seien. Er müsse deshalb vorschlagen, die Kundenlisten wieder einzuführen, wodurch

38 Zu seiner Person s. Nr. 6 TOP I Anm. 11.

39 In der Vorlage fälschlich „Stab“. – Dr. jur. Fritz Hermann *Staab* (1893–1975), 1926–1933 im preuß. Landwirtschaftsministerium, 1946 Leiter der Ernährung in Rheinland-Pfalz, 1947–1949 Leiter der Abteilung III Ernährungswirtschaft in der VELF des VWG, 1949–1955 MD und Leiter der Abt. Ernährungswirtschaft im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

40 Zu seiner Person s. Nr. 11 TOP V.

41 Vgl. die Niederschrift über die 4. nichtöffentliche Sitzung des Länderrats des VWG in Frankfurt, 14./15. 4. 1948. Dort hieß es wörtlich: „Auf Antrag des Ministerpräsidenten Dr. Ehard beschließt der Länderrat, den Direktor der VELF zu bitten, mit größter Beschleunigung einen schriftlichen Bericht zu folgenden Fragen vorzulegen: 1) Aus welchen Gründen ist eine verschiedenartige Rationierung bei Brot oder Mehl in einzelnen Ländern angeordnet und welche Möglichkeiten bestehen, diese unterschiedliche Rationierung im Interesse einer einheitlichen Lebensmittelversorgung des gesamten Vereinigten Wirtschaftsgebietes zu beseitigen? 2) Aus welchen Gründen ist seit Wochen die in den Zuteilungen vorgesehene Belieferung mit Fleisch nicht möglich und welche Gründe sind dafür maßgebend, daß bei der Zuteilung von Ersatzlebensmitteln, insbesondere Fisch für ausgefallene Fleischlieferungen, die Länder verschiedenartig behandelt werden? Was kann geschehen, um wenigstens ein Mindestmaß der Fleischversorgung in den nächsten Zuteilungsperioden ohne gefährliche Eingriffe in die Substanz, jedenfalls aber eine Gleichmäßigkeit in der Zuteilung von Fleisch oder Ersatzlebensmitteln zu gewährleisten?“ (StK 30457).

42 Vgl. die Antwort der VELF an den Länderrat des VWG, 26. 4. 1948, sowie die Behandlung der Antwort als TOP 5 der 3. öffentlichen Sitzung des Länderrats in Frankfurt, 30. 4. 1948 (StK 30456).

43 Die Worte „zeitweise einmal“ hatte MPr. Ehard hs. im Registraturexemplar hinzugefügt (StK-MinRProt 10).

44 Vgl. Nr. 25 TOP X.

allein eine Kontrolle gewährleistet sei. Täglich kämen von Nordrhein-Westfalen Leute mit Koffern voll von Lebensmittelmarken. So seien an einem Tag von 3 Personen 1500 vollständige Karten eingelöst worden. In der letzten Zeit seien für derartige aus außerbayerischen Gebieten stammende Marken allein an Fett 203 t aufgewendet worden. Anschließend verliert Dr. Schlögl die Anordnung über die Wiedereinführung der Kundenliste.

## VI. Marshall-Plan

Ministerpräsident *Dr. Ehard* berichtet, bei der letzten Länderratssitzung in Frankfurt<sup>45</sup> habe man auch über die Durchführung des Marshall-Plans gesprochen. Dabei sei der Gedanke aufgeworfen worden, übrigens auch von Bürgermeister Kaisen, ob nicht in diesem Zusammenhang von deutscher Seite darauf hingewiesen werden solle, daß sich jetzt die Notwendigkeit einer staatlichen Neuordnung ergeben habe. Man habe sich gefragt, ob dieser Gedanke in der von der Militärregierung gewünschten Erklärung des Länderrats zum Marshall-Plan niedergelegt werden solle. Ein kleiner, eigens zu diesem Zweck gebildeter Ausschuß<sup>46</sup> habe 2 Dokumente entworfen und zwar

1. eine Stellungnahme zu den deutschen Vorschlägen,<sup>47</sup>
2. einen Brief, der in vorsichtiger Form auf die Frage der staatlichen Neuordnung eingegangen sei.<sup>48</sup>

Diesen Brief und die Erklärung habe man dem Wirtschaftsrat in Frankfurt übersandt, von dem aus sie den Militärregierungen zugehen werden. Im übrigen schienen ihm die Schwierigkeiten für die Vereinigung der Westzone zur Zeit<sup>49</sup> hauptsächlich von London aus zu kommen. Dazu komme die Gefahr, daß Frankfurt über seine Zuständigkeiten hinausgreifen werde, weil die britische Zone im staatsrechtlichen Aufbau gegenüber der amerikanischen erheblich zurück sei.<sup>50</sup>

## VII. Gesetz über die Einsetzung von Friedensrichtern<sup>51</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* berichtet, daß ihm der Landtagsabgeordnete Otto Schefbeck<sup>52</sup> geschrieben und ihn um die Rückziehung des Gesetzentwurfs über die Einsetzung von Friedensrichtern gebeten habe. Er habe dieses Schreiben an den Herrn Justizminister geleitet, der sich damit einverstanden erklärt und darauf hingewiesen habe, daß die vom Länderrat und der Militärregierung für erforderlich erachtete Ermächtigung der Länder zur

45 Gemeint ist die 4. nichtöffentliche Sitzung des Länderrats des VWG in Frankfurt, 14./15.4. 1948.

46 Lt. Niederschrift über die 4. nichtöffentliche Sitzung des Länderrats des VWG in Frankfurt, 14./15. 4. 1948, gehörten dieser Kommission Ehard, Kaisen, der hessische Finanzminister Hilpert, der schleswig-holsteinische Justizminister Katz und der württemberg-badische Wirtschaftsminister Veit an (StK 30457).

47 Vgl. diese Erklärung als Anlage 3 zur Niederschrift über die 4. nichtöffentliche Sitzung des Länderrats des VWG in Frankfurt, 14./15. 4. 1948: „Der Länderrat billigt nach Entgegennahme des Berichts seiner Ausschüsse für Ernährung und Wirtschaft die Grundgedanken der Vorschläge des Verwaltungsrates zum ERP (Marshall-Plan). Die Vorschläge enthalten einen Nachweis der dringendsten Aufbaubedürfnisse des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Der Länderrat erblickt in diesen Vorschlägen einen Beitrag für den Anfang einer wirksamen europäischen Zusammenarbeit. Der Länderrat gibt der festen Zuversicht Ausdruck, daß notwendig erscheinende oder etwa notwendig werdende Ergänzungen oder Änderungen mit verständnisvoller Hilfe aller am ERP beteiligten Mächte ermöglicht werden. Der Länderrat wird zu seinem Teil alles tun, um den Plan so schnell wie möglich zu verwirklichen. Der Länderrat erwartet von der Durchführung dieses Planes einen wesentlichen Beitrag zur Herbeiführung des Weltfriedens“ (StK 30457).

48 Vgl. den Entwurf dieses Begleitschreibens als Anlage 4 zur Niederschrift über die 4. nichtöffentliche Sitzung des Länderrats des VWG in Frankfurt, 14./15. 4. 1948: „Unter Bezugnahme auf die Verhandlung am vergangenen Montag mit den Herren Generälen Adcock und McReady überreiche ich Ihnen als Vorsitzender des Länderrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes die heute vom Länderrat einstimmig gebilligte Erklärung zu den Vorschlägen des Verwaltungsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zum ERP. Ich füge ferner den der Entscheidung des Länderrates zugrunde liegenden Bericht seiner Ausschüsse für Ernährung und Wirtschaft bei [vgl. Nr. 26 TOP I Anm. 4] mit dem Bemerkten, daß der Länderrat mit den dort getroffenen Feststellungen übereinstimmt. Der Länderrat ist sich darüber klar geworden, daß alsbald gewisse Änderungen der Organisation des Vereinigten Wirtschaftsgebietes notwendig sind, um die wirksame Durchführung des Planes zu gewährleisten. Insofern behält sich der Länderrat weitere Mitteilung vor, sobald er seine eigenen Beratungen hierüber abgeschlossen hat. Ich darf mit der Bitte schließen, etwaige dort in der gleichen Richtung verfolgten Pläne baldmöglichst den Organen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Kenntnis zu geben, um bereits im Vorbereitungsstadium zu einer möglichst weitgehenden Übereinstimmung zu gelangen“ (StK 30457). – Generalmajor Clarence L. *Adcock* (1895–1967), 1947–1949 US Chairman BICO, Frankfurt. – Generalleutnant Sir Gordon *McReady* (1891–1956), 1947–1949 britischer Chairman BICO, Frankfurt, 1949–1951 Wirtschaftsberater des britischen Hochkommissars in Deutschland.

49 Die Worte „zur Zeit“ hatte MPr. Ehard hs. im Registraturexemplar hinzugefügt (StK-MinRRProt 10).

50 Vgl. *Stüber*, Provisorium.

51 Vgl. *Protokolle Ehard* I Nr. 5 TOP XI und Nr. 18 TOP XII.

52 *Otto Schefbeck* (1900–1972), Jurist, 1928–1930 im StMELF, Abt. Bayer. Landessiedlung; seit 1930 Rechtsanwalt 1946 Mitglied der Bayer. Verfassungsgebenden Landesversammlung, 1946–1950 MdL (CSU), Vors. des Wirtschaftsausschusses des Landtags.



Einsetzung von Friedensrichtern noch nicht vorliege und im übrigen nur die Behandlung und Entscheidung von geringfügigen Sachen soweit bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in Frage kommen, umfassen dürfe.

Der Ministerrat beschließt sodann, ein entsprechendes Schreiben an den Herrn Landtagspräsidenten zu richten.<sup>53</sup>

#### [VIII. ] Ernennung von planmäßigen Schulräten

Ministerpräsident *Dr. Ehard* teilt mit, daß das Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Ernennung von 10 kommissarischen Schulräten zu planmäßigen Schulräten, die das 65. Lebensjahr bereits vollendet hätten, beantragt habe. Dieser Antrag sei vom Finanzministerium abgelehnt worden.<sup>54</sup>

Staatssekretär *Dr. Müller* führt aus, die Pensionslasten des bayerischen Staates seien so hoch, daß das Finanzministerium auf äußerste Sparsamkeit dringen müsse und daher den Antrag habe ablehnen müssen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* gibt zu bedenken, daß gleich nach dem Zusammenbruch Leute, die teilweise sogar politisch verfolgt gewesen seien, in Stellungen gekommen wären, die sie gut ausgefüllt hätten. Jetzt dagegen wolle man sie nicht als Beamte übernehmen, da sie die Altersgrenze bereits überschritten hätten. In solchen Fällen müßte unbedingt ein Ausgleich gefunden werden.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* erklärt, durch das Ausscheiden von Beamten, die jahrelang kein Gehalt bezogen hätten, habe man doch auch erhebliche Beträge eingespart. Die Schulräte, deren Ernennung er vorgeschlagen habe, hätten gut gearbeitet und er ersuche den Ministerrat zuzustimmen.

Staatssekretär *Dr. Müller* erwidert, in ähnlichen Fällen müßte man das gleiche tun, was aber wegen der Höhe der Pensionslasten nicht möglich sei.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* weist darauf hin, daß die Schulräte in den Ruhestand versetzt werden müßten, wenn man ihre Ernennung ablehne, während man andererseits die erhöhten Gehälter für neue Schulräte einspare.

Staatssekretär *Dr. Müller* erklärt sich bereit, die Angelegenheit im Benehmen mit dem Kultusministerium nochmals zu überprüfen.<sup>55</sup>

#### [IX. ] Kunstschätze aus dem Kaiser-Friedrich-Museum Berlin

Staatsminister *Dr. Hundhammer* berichtet, im Jahre 1945 seien aus dem Collecting Point in Wiesbaden 202 besonders wertvolle Bilder aus dem Kaiser-Friedrich-Museum Berlin nach Amerika gebracht worden, die jetzt zurückkommen und in Wanderausstellungen gezeigt werden sollten.<sup>56</sup> Bei einer Sitzung in Stuttgart am 13. 4. 48 sei die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die Ministerpräsidenten in vorsichtiger Form die Rückgabe

53 Vgl. Ehard an den Landtagspräsidenten, 21.4. 1948, betr. Zurückziehung des Gesetzentwurfs über die Einsetzung von Friedensrichtern; *BBd.* II Nr. 1338. Die Initiative zu diesem Gesetz, das nicht in Kraft trat, war von Ministerpräsident Hoegner ausgegangen. Darüber war Hoegner verärgert: „Manche eigene Entwürfe, wie der über die Einrichtung von Friedensgerichten, wurden später von der alten Juristenzunft sabotiert“; *Hoegner*, Vortrag S. 13. S. im Detail bis 1950 StK-GuV 107.

54 Vgl. die Vormerkung von MinRat Baer für MPr. Ehard, 13. 4. 1948: „Das Bay. Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat beim Bay. Staatsministerium der Finanzen die Zustimmung zur Beförderung des Rektors Franz *Bauer* und des Rektors Julius *Steigerwald* zu Schulräten beantragt. Das Bay. Staatsministerium der Finanzen hat abgelehnt, weil Beamte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und nicht unter die Wiedergutmachung fallen, nicht mehr befördert werden dürfen (Entschließung des Ministerpräsidenten vom 7. 2. 1946). Das Bay. Staatsministerium für Unterricht und Kultus führt aus, daß von den im Jahre 1945 diensttuenden Schulräten von der Militärregierung alle bis auf 3 und von den bayerischen Lehrkräften 60% entlassen worden sind. Es sei deshalb sehr schwierig, Schulräte zu finden, welche die notwendige Eignung aufweisen. Es leisten daher über 65 Jahre alte Lehrkräfte bereits seit 1945 Dienst als Schulräte und es sei daher unbillig, diesen kommissarischen Schulräten die Ernennung zu versagen. Gleichzeitig beantragt das Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus erneut weitere 9 kommissarische Schulräte zur Schulräten zu ernennen, obwohl sie bereits das 65. Lebensjahr überschritten haben. Es dürfte nicht erforderlich sein, die Angelegenheit dem Ministerrat vorzulegen, wie es der Staatsminister für Unterricht und Kultus wünscht. Man wird vielmehr der Auffassung des Bay. Staatsministeriums der Finanzen beitreten müssen, daß Beamte, die über 65 Jahre alt sind, nicht mehr befördert werden dürfen. Ich beabsichtige, dies dem Bay. Staatsministerium für Unterricht und Kultus mitzuteilen und bitte um Zustimmung.“ MPr. Ehard machte sich in diesem Falle das Votum der Referentenvorlage nicht zu eigen. Vgl. ferner Hundhammer an Ehard, 6. 3. 1948, betr. Ernennung von kommissarischen Schulräten zu planmäßigen Schulräten, mit einer Liste von insgesamt neun Personen, die oben genannten Franz Bauer und Julius Steigerwald eingeschlossen (StK 11650).

55 Zum Fortgang s. Nr. 29 TOP XV.

56 Vgl. *Kühnel-Kunze* S. 112–117, 383–386. Am 13. 6. 1948 eröffnete General Clay im Haus der Kunst in München eine Ausstellung (bis 15. 8. 1948) mit 54 Gemälden des Berliner Kaiser Friedrich-Museums; vgl. *SZ* 12. und 15. 6. 1948; *Chronik der Stadt München* S. 374; *Pollock* S. 325; s. *Bayerische Staatsgemälde-Sammlungen* (Exemplar in NL Ehard 885); *Lauterbach* S. 166.

der Bilder vorläufig ablehnen sollten, um sie nicht zu gefährden. Andererseits aber werde von amerikanischer Seite Wert darauf gelegt, die Bilder zurückzugeben, um sich dadurch moralisch zu entlasten. Seiner Meinung nach sollte man nicht in diesem Sinne an die Amerikaner herantreten.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, man müsse doch vielleicht in Erwägung ziehen, ob die Russen diese Bilder nicht zurückverlangen könnten.

Staatssekretär *Dr. Sattler* wirft ein, es bestehe ein Kontrollratsbeschluß, daß Kunstschatze dort verbleiben sollten, wo sie am Ende des Krieges aufbewahrt gewesen seien. Er halte es für zweckmäßig, daß der Ministerpräsident an Ministerpräsident *Dr. Maier* in Stuttgart schreibe, daß er nicht gewillt sei, auf eine Verlängerung des Aufenthalts der Bilder in Amerika einzugehen.

[X. ] *Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg*<sup>57</sup>

Staatsminister *Dr. Seidel* gibt bekannt, daß sich der Bayer. Landtag am 7. 4. 1948 nochmals mit der Frage der Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg beschäftigt<sup>58</sup> und einen Beschluß gefaßt habe,<sup>59</sup> wonach die Staatsregierung ersucht werde, eine einwandfreie Entscheidung darüber herbeizuführen, ob die Betriebe des unteren Maingebiets eine eigene Industrie- und Handelskammer wünschten. Dazu müsse er sagen, daß die Masse der Industrie in diesem Gebiet freiwillig beigetreten sei und der Beschluß keinen rechten Sinn habe. Auch müsse man sich fragen, ob der Landtag überhaupt in der Lage sei, einen solchen Beschluß zu fassen. Außerdem sei ein Zusatzantrag angenommen worden, der eine Brückierung des Wirtschaftsministeriums bedeute und folgenden Inhalt habe: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Beschluß des Ministerrats vom 27.11. 1946<sup>60</sup> wieder aufzuheben und für den Regierungsbezirk Unterfranken nur eine Industrie- und Handelskammer mit dem Sitz in Würzburg zu errichten. Für den Fall, daß dieser Antrag abgelehnt wird, wird die Staatsregierung aufgefordert, den Landkreis Miltenberg herauszunehmen und entsprechend dem Willen sämtlicher in Frage kommender Firmen Würzburg anzugliedern.“<sup>61</sup> Er werde eine entsprechende Antwort im Wirtschaftsministerium ausarbeiten lassen und sie dem Kabinett zur Beschlußfassung vorlegen. Im übrigen habe er im Kreistag von Miltenberg eine entsprechende Anfrage gestellt und den Sachverhalt objektiv vorgetragen.

Staatssekretär *Dr. Lacherbauer* weist darauf hin, daß die Angelegenheit seit 1946 nicht mehr zur Ruhe komme. Vielleicht werde der Fall mit einer Abstimmung endgültig erledigt, während man mit einem Schreiben nicht zum Abschluß kommen könne. Außerdem müsse er doch zu bedenken geben, daß die Abspaltung des unteren Maingebiets wohl auch gewisse Nachteile mit sich bringe.

Staatsminister *Dr. Seidel* antwortet, das Beitragsaufkommen für die Industrie- und Handelskammer Unterfranken sei in der Hauptsache von Aschaffenburg bestritten worden und deshalb wehre sich jetzt Würzburg gegen die Neuerrichtung.<sup>62</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* führt aus, es werde immer wieder von Würzburg aus versucht, die Sache neu aufzugreifen und man habe auch schon den Verwaltungsgerichtshof angerufen. Vielleicht sei es doch zweckmäßig, die Aschaffener Industrien nochmals zu befragen und Staatsminister *Dr. Seidel* möge sich überlegen, wie man die gewünschte Abstimmung durchführen könne.

57 Vgl. *Protokolle Hoegner* I Nr. 54 TOP VI; *Protokolle Ehard* I Nr. 12 TOP XII; s. *Fuchs* S. 197–217; StK 14564.

58 *StB.* II S. 1232–1242 (7. 4. 1948).

59 *BBd.* II Nr. 1302.

60 Vgl. *Protokolle Hoegner* I Nr. 54 TOP VI.

61 Der vom Landtag beschlossene zweite Zusatzantrag zum Landtagsbeschluß vom 7. 4. 1948 lautete wörtlich: „Der Staatsminister für Wirtschaft sei zu veranlassen, alle seit Dezember 1947 getroffenen Anordnungen in der Frage der Industrie- und Handelskammer-Angelegenheit Würzburg/Aschaffenburg bezüglich des Landkreises Miltenberg aufzugeben, um die Durchführung einer demokratischen Abstimmung der beteiligten Wirtschaftskreise des Kreises Miltenberg nicht durch geschaffene Tatsachen zu beeinflussen“; *BBd.* II Nr. 1302. Die von *Seidel* vorgetragene Version formulierte die Aufforderung des Landtags an die Staatsregierung deutlicher als der Zusatzantrag.

62 *Seidel* war vom 11.10. 1945–20. 9. 1947 Landrat des LKr. Aschaffenburg und von 1946 bis 1961 Abgeordneter des Landtags für den Stimmkreis Oberruburg bzw. Oberruburg-Miltenberg.

Diesem Vorschlag wird zugestimmt.<sup>63</sup>

Der Bayerische Ministerpräsident  
gez.: Dr. Hans Ehard

Der Generalsekretär des  
Ministerrats  
In Vertretung  
gez.: Levin Frhr. von Gumpenberg  
Oberregierungsrat

Der Leiter der  
Bayerischen Staatskanzlei  
gez.: Dr. Anton Pfeiffer  
Staatsminister

<sup>63</sup> Zum Fortgang s. Nr. 31 TOP VII und Nr. 32 TOP III.